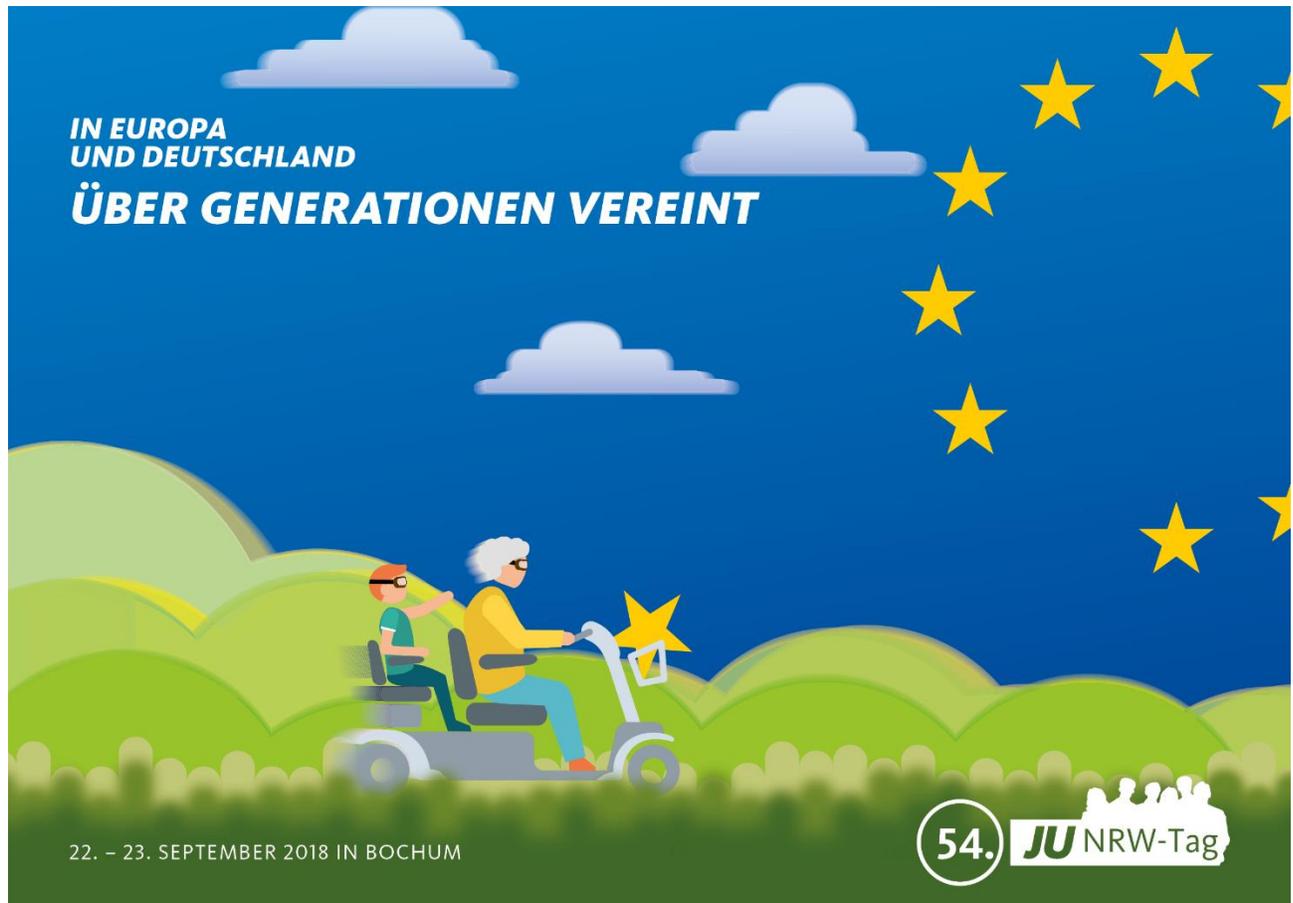


**JU**

JUNGE UNION  
NORDRHEIN-WESTFALEN



## ***„Bochumer Erklärung“***

***Verlässliche Strukturpolitik für die Reviere,***

***Recht im Hambacher Forst durchsetzen***

***Aktueller Beschluss zum 54. JU NRW-Tag***

***am 22./23. September 2018 in Bochum***

## **Verlässliche Strukturpolitik für die Reviere, Recht im Hambacher Forst durchsetzen**

Mit der Einstellung der Förderung auf der Zeche Prosper-Haniel in Bottrop und im Bergwerk Ibbenbüren endet am 21. Dezember 2018 der Steinkohlebergbau in Nordrhein-Westfalen. Damit endet zugleich eine Epoche für Deutschland. Die betroffenen Regionen haben dem Bergbau viel zu verdanken. Dieser sorgte für Wirtschaftswachstum, Zuwanderung und ließ ganze Städte entstehen und gedeihen. Die Arbeit der „Kumpel“ hat entscheidend zur wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte der jungen Bundesrepublik beigetragen. Die Kohleförderung hat gleichzeitig auch ihren Beitrag zu Demokratie und Frieden in Europa geleistet: Grundlagen der heutigen Mitbestimmung sind in Zechen erkämpft worden. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl wurde zur Keimzelle der Europäischen Union. Allen „Kumpeln“ und ihren Familien gebührt dafür unser Dank.

Die bereits Ende der 1950er Jahre einsetzende Kohlekrise hatte insbesondere für das Ruhrgebiet einschneidende Konsequenzen, die bis heute spürbar sind. Das Wirtschaftswachstum kam zum Erliegen, Steuereinnahmen brachen weg. Bis heute ist die Region durch eine vergleichsweise hohe Arbeitslosenquote und eine schwache Finanzlage der Ruhrgebietskommunen gekennzeichnet.

Dem Rheinischen Braunkohlerevier steht der Strukturwandel demgegenüber noch bevor. Bis heute sind über 100.000 Arbeitsplätze von der Braunkohle als zuverlässigen und bezahlbaren Energieträger abhängig. Der im Rheinischen Revier produzierte Strom aus Braunkohle deckt knapp 11,5 Prozent des gesamten deutschen Strombedarfs und sogar 40 Prozent des in Nordrhein-Westfalen benötigten Stroms. Noch bleibt die Verbrennung von Kohle in Kraftwerken für die Versorgungssicherheit und bezahlbare Strompreise unverzichtbar.

### **NEIN zur Gewalt im Hambacher Forst**

Obwohl die rechtlichen Rahmenbedingungen klar sind, seit der Entscheidung der rot grünen Landesregierung 2016, bleibt der Hambacher Forst ein stark umkämpftes Gebiet. Gerade weil alle rechtlichen Fakten für die Umsetzung der Eigentümerinteressen sprechen, ist Gewalt das einzige Mittel, mit dem Extremisten versuchen dagegen zu halten. Gewalt wird die Junge Union

Nordrhein-Westfalen aber niemals als Mittel der politischen Auseinandersetzung akzeptieren. Die Bilder, die wir seit Jahren aus dem Hambacher Forst sehen, sind nicht nur friedliche Proteste. Wer privaten oder staatlichen Kräften Gewalt androht, tätlich angreift oder lebensgefährliche Fallen aufstellt, greift auch den Rechtsstaat an. Wir verurteilen die Gewalt und appellieren an die Vernunft der Extremisten. Strafverfolgung für Straftäter ist die notwendige Konsequenz. Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen hat am 14. September 2018 festgehalten, dass sich die „Waldbesetzer“ im Hambacher Forst mit Blick auf die schweren Straftaten, die begangen wurden, nicht auf die Versammlungsfreiheit berufen können. Wer Straftaten begeht, ist kein Öko-Aktivist, sondern kriminell und muss sich vor den Gerichten dafür verantworten. Recht und Gesetz sind auch im Hambacher Forst durchzusetzen. Daher danken wir ausdrücklich den Polizeibeamten, kommunalen Ordnungsbehörden und Rettungskräften vor Ort, die sich für unseren Rechtsstaat einsetzen und ihn verteidigen. Nachdem nun schon ein Mensch sein Leben gelassen hat, fordern wir die Besetzer und Extremisten auf, die Tragweite ihres Handelns zu begreifen und endlich den Hambacher Forst zu verlassen.

### **Zukunft für die Reviere durch Arbeitsplätze und attraktives Wohnen**

Die Steinkohleförderung wird Ende des Jahres eingestellt, auf Bundesebene ist die Kommission für Wachstum, Beschäftigung und Strukturwandel ("Strukturwandelkommission") eingesetzt, um unter anderem ein Ende der Braunkohleverstromung zu beschließen. Bisherige Bemühungen zur Gestaltung des Wandels, sind überschaubar und haben nur partiell stattgefunden. Nur auf den Status Quo zu beharren, würde nicht nur unrealistische Erwartungen bei den Betroffenen wecken, sondern auch Fehler wiederholen, die beim Strukturwandel im Ruhrgebiet in der Vergangenheit bereits begangen wurden. Wir wollen mit den Menschen in den Revieren nach vorne schauen und uns dieser Herausforderung stellen. Wir wollen zweifelsohne auch auf vorhandenen Erfolgen aufsetzen, etwa bei der Einrichtung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen, der Ansiedlung neuer Unternehmen und der Renaturierung weiterer Gebiete. Und wir wollen aufsetzen auf vorhandenen Stärken und Kompetenzen, etwa durch Knowhow in der Großindustrie.

Wir fordern für diesen langfristigen Prozess eine Gesamtstrategie, die dazu geeignet ist, nachhaltig neue Arbeitsplätze und neue Wertschöpfung in den betroffenen Regionen zu schaffen.

Die Reviere müssen durch neuen Wohnraum und eine gute öffentliche Infrastruktur attraktive Regionen bleiben. Sie bedürfen hierfür einer besonderen Förderung. Bei der örtlichen Ausgestaltung des Strukturwandels und der Mittelverteilung sollen die Reviere dabei selbst entscheiden. Förderprojekte müssen an ihrer Strukturwirksamkeit gemessen werden. Von den Folgen des Bergbaus Betroffene müssen unbürokratische Hilfe erhalten.

Die von der CDU-geführten Landesregierung in Nordrhein-Westfalen initiierte Ruhr-Konferenz, deren Ziel es ist, die Region Ruhr zu einer erfolgreichen, wettbewerbsfähigen und lebenswerten Metropolregion im digitalen Zeitalter zu entwickeln, begrüßen wir in diesem Kontext ausdrücklich. Gleichzeitig fordern wir, dass die Ruhr-Konferenz nicht zur bloßen „Ankündigungskonferenz“ wird. Es bedarf konkreter Taten. Wir fordern die Landesregierung auf, bis Anfang nächsten Jahres erste konkrete Projekte in diesen Feldern mit einer tragfähigen Zieldefinition, einem klaren Zeitplan, einem gesicherten finanziellen Rahmen und unter Mitwirkung relevanter Akteure vor Ort zu entwickeln. Nordrhein-Westfalen kann insgesamt nur erfolgreich sein, wenn seine Teilregionen erfolgreich sind. Zugleich kann die Ruhr-Konferenz Modell stehen für zukünftige, ähnliche Prozesse in den anderen Revieren.

### **Ewigkeitslasten anerkennen**

Nicht übersehen werden dürfen auch die Eingriffe und Ewigkeitslasten, die mit dem Bergbau einhergehen. Der Bergbau ist mit erheblichen Eingriffen und langfristigen Folgen für die Umwelt verbunden. Im Rheinischen Revier sind ganze Wälder und Dörfer verschwunden. Im Ruhrgebiet gehören Grundwasserbelastungen und Bergbauschäden an Immobilien zu den nachteiligen Folgen des jahrhundertelangen Bergbaus. Hier erwarten wir von den Bergbauunternehmen, dass sie zu Ihren Verpflichtungen stehen und sich nicht durch fadenscheinige Argumente von ihren Altlasten verabschieden. Die Landesregierung muss notfalls als Anwalt der Betroffenen auftreten.

### **Klima schützen, Versorgung sichern**

Von der eingesetzten Strukturwandelkommission fordern wir, dass sich diese nicht isoliert auf feste Ausstiegsdaten festlegt, ohne die Gesamtfolgen in den Blick zu nehmen. Versorgungssi-

cherheit, bezahlbare Strompreise, Klimaschutz sowie die Auswirkungen auf die betroffenen Regionen und hunderttausende Beschäftigte müssen miteinander in Einklang gebracht werden. Neben der Erfüllung von Klimaschutzzielen muss es unser gemeinsames Anliegen sein, dass Arbeitsplätze und Wertschöpfung in den betroffenen Regionen sowohl qualitativ als quantitativ ersetzt werden. Gerade für die energieintensiven Unternehmen, wie beispielsweise die Chemie-, Aluminium-, Nahrungsmittel-, oder Papierindustrie sind günstige Strompreise und Versorgungssicherheit ein Standortfaktor. Ohne Gesamtkonzept unter der Abwägung von Ökonomie und Ökologie darf es keinen einseitig verordneten Ausstieg geben.

### **Investitionen in die Infrastruktur**

Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bedarf es insbesondere umfangreicher Investitionen in die Infrastruktur. Alte Zechengeländen sind nicht allein zu renaturieren, sondern müssen ausdrücklich einer wirtschaftlichen Entwicklung als Industrie- oder Gewerbegebiet offenstehen. Notwendig ist daneben auch die Schaffung eines Planungsrechts, welches die Verwirklichung von Investitionen zügig möglich macht. In Landesentwicklungs- und Regionalplänen bedarf es für die vom Strukturwandel betroffenen Regionen überproportionaler Zuschläge für Industrie- und Gewerbegebiete, dabei soll besonders darauf geachtet werden, dass die Anbindung aus ländlichen Regionen gegeben ist.